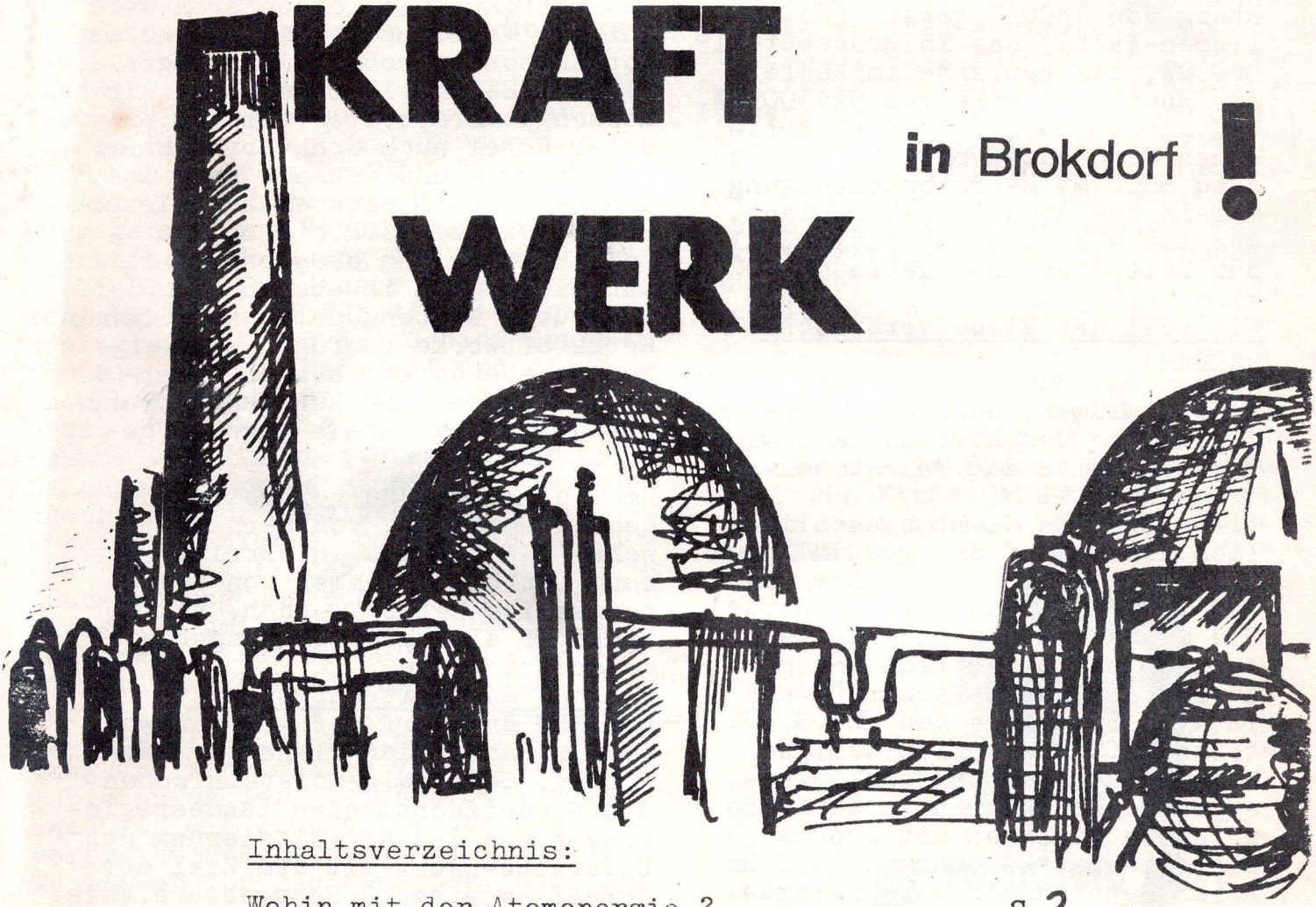
KEIN KERN-KRAFT-WERK in Brokdorf!



Inhaltsverzeichnis:

Wohin mit der Atomenergie ? S.2
Die Industriealisierungspläne der Landesregierungen S.2-3
Direkte Gefahren durch das Kernkraftwerk S.4
Folgen für die Bauern S.4
Schaffung neuer Arbeitsplätze? S.5
Was kostet das Kernkraftwerk? S.6
Gebührenerhöhung! S.6
Der Wille des Volkes muß entscheidend sein! S.7
Wie wir den Kampf führen müssen S.7-8
Der Sozialismus beseitigt das Problem der Umweltzerstörung! S.10

KBW Kommunistischer Bund Westdeutschland

Sympathisantengruppe Elmshorn

Sympathisantengruppe Itzehoe

Wem nützt das Kernkraftwerk und die Industrialisierung des Unterelberaums ?

Wohin mit der Atomenergie?

Das geplante Atomkraftwerk Brokdorf hat eine elektrische Leistung von 1300 Megawatt (MW=Millionen-Watt), das in Brunsbüttel 800 MW, das geplante im Neufelder Watt(S-H) eine von 5x1300 MW. S-H hat zur Zeit einen elektrischen Verbrauch von 1100 MW. Es sind 8600 MW Mehrstromerzeugung allein aus Atomenergie geplant, daß ist also über 8x soviel, als zur Zeit überhaupt gebraucht wird.

Wie soll das alles verbraucht werden ?

Sollen die Bauern vieleicht elektrisch pflügen, oder werden neuangeschaffte Geschirrspühlmaschinen der Haushalte den Mehrstrom verbrauchen? NEIN!
Diese Energie dient ausschließlich dem Bedarf der großen Industrie, siehe in Stade (Dow und VaW) oder in Brunsbüttel (Bayer). Die Ministerkonferenz für Raumordnung hat öffentlich festgestellt(aus: Kein Kernkraftwerk in Wyhl, Broschüre des KBW,S.3): "Kernkraftwerke mit niedrigen Stromerzeugerkosten(dank Steuergeschenken)können in der Nähe gelegene Abnehmer mit großem elektrischen Leistungsbedarf und hoher Benutzungsdauer preisgünstig beliefern und bieten damit Anreize für die Neuansiedlung stromintensiver Großverbraucher."
Diese Großverbraucher sind z.B. Alu- und Elektroindustrie, also chemische Werke mit stark umweltverschmutzender und gesundheitgefährdender Industrie.
Das das mit dem Mehr an Strom gemacht werden soll, wird von Regierungsseite, von den Herren Behörden- und Industrievertretern der Bevölkerung verschwiegen.

So schreibt Senator Kern (HH)in dem "Modell für die wirtschaftliche Entwicklung der Region Unterelbe" auf Seite 26:"Unternehmen,die aus Kostengründen besonderen Wert auf die Möglichkeit des An-und/od. Abtransports großer Gütermengen mit dem Seeschiff legen,sind als Massengutverarbeiter nämlich in aller Regel auch Großverbraucher von Energie und deshalb sehr auf niedrige Energiekosten angewiesen. Bis vor kurzem-d.h.bis zu dem Zeitpunkt,an dem es sicher war, daß die Region in absehbarer Zeit über kostengünstig arbeitende Kernkraftwerke verfügen wird-konnte standortsuchenden Unternehmen dieser Art kein konkurrenzfähiges Energiepreis-Angebot gemacht werden."

Um Täuschungen zu verbreiten über den Zusammenhang von Kernkraftwerk-(KKW)Bau und Industrialisierung ist bisher immer von Regierungsseite betont worden, daß Brokdorf als Naherholungsgebiet gefördert werde.

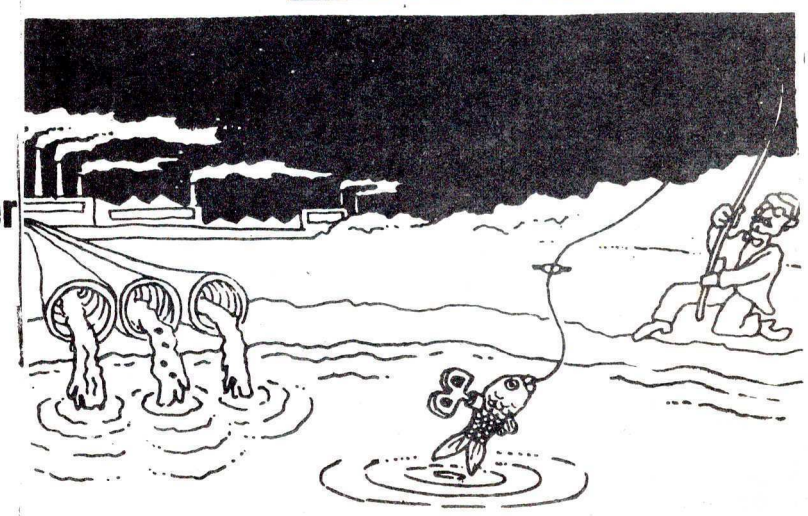
Was hat es damit auf sich ?

Das KKW Brokdorf muß gesehen werden im Rahmen der Pläne der Hamburger, Schleswig-Holsteinischen und Niedersächsischen Landesregierungen zur Industrialisierung des Unterelbe-Raums mit dem Ziel der Schaffung eines 2.Ruhrgebiets.(siehe Bild)
Diese Industialisierung soll vorangetrieben werden auf sogenannten Entwicklungsachsen. So sieht das "Entwicklungsmodell für Hamburg und sein Umland" von 1969 verschiedene Entwicklunsachsen vor, deren räumliche Verlängerung im Unter-Elbe-Gebiet im "Modell für die wirtschaftliche Entwicklung der Region Unter-Elbe" von 1972 festgehalten ist(von Wirschaftssenator Kern,HH).
Eine Achse verläuft von Hamburg über Pinneberg, Elmshorn, Itzehoe nach Brunsbüttel. Von dieser Achse aus nördlich gesehen , verläuft eine weitere von Hamburg über Norderstedt, Kaltenkirchen bis nach Neumünster.

Die südliche Achse läuft parallel zur Elbe von Harburg über Buxtehude, Stade Hemmar, Cuxhafen bis zum geplanten Tiefseehafen Neuwerk. Auf diesen Achsen liegen spezielle Förderungsschwerpunkte für industrielle Ansiedlungen und Wohngebiete. Zwischen den Achsen liegen die sogenannten Naherholungsgebiete.
Landwirtschaftsminister Engelbrecht-Greve(S-H) sagte am Sonntag, den 27. 10. in Bielenberg(aus: Elmshorner Nachrichten, vom 28.10.):"Glauben Sie mir, wir haben zusammen mit Hamburg ganz klare Vorstellungen über die weitere Bebauung der Unter-Elbe. Schließlich ist dieser Fluß unser Schicksalsfluß." Für die Kieler Landesregierung sind das Gebiet Brunsbüttel, der Ort Brokdorf und die Flächen bei Glücksadt die einzigen Standorte, für die noch Industrie in Frage kommt. Der Minister:"Dazwischen liegen Naherholungsgebiete und die bleiben unangetastet." Inmitten so eines "Naherholungsgebietes" soll also auch das KKW Brokdorf liegen. Wie es so mit der "Naherholung"aussehen soll, zumal der Dreck der umliegenden Industrie(=Achsen hinüberweht, ist rätselhaft.
Die Pläne der Landesregierungen laufen auf die Schaffung eines 2.Ruhrgebietes im Unterelbegebiet hinaus, die Erhaltung und Einrichtung von Naherholungsgebieten an der gleichen Stelle steht dazu für die Industrie- und Regierungsvertreter anscheinend nicht im Widerspruch. Wohl aber für die Menschen, die hier arbeiten und sich erholen müssen.
Darum haben sich auch zahlreiche Zusammenschlüsse von Menschen im Unterelbegebiet, wie in der ganzen BRD, gegen die kapitalistische Industrialisierung z.B. in der Form von Bürgerinitiativen zusammengeschlossen.
Die immer wieder versprochene finanzielle Förderung dieser Naherholungsgebiete von Regierungsseite und Industrie aus, soll gerade die Bevölkerung ruhig halten, sie vom Kampf ablenken, damit sie dem Bau des KKW's und damit die Industrialisierung widerstandslos hinnimmt, nach dem Motto: wenn wir schon nicht wehr in der Elbe baden können, werden wir es in Zukunft wenigstens in der Brokdorfer Badeanstalt können.(Vieleicht spendet die NWK eine Freikarte)

Ein weiteres Beispiel: die NWK finanziert den Kindergarten in Brokdorf mit, daß zeigt eben nicht die Menschenfreundlichkeit der NWK, sondern, daß das Atomkraftwerk gebaut werden soll. Den Kindergarten könnten die Eltern auch selbstständig aufbauen ohne NWK.

Nur an Küsten und Strömen gibt es genug Kühlwasser für Atomkraftwerke



„Es besteht kein Zweifel daran, daß das radioaktive Material, das Atomkraftwerke ausstoßen, der menschlichen Rasse Schaden zufügen und vermehrt Geburten von Kindern mit schweren körperlichen und geistigen Schäden verursachen wird."
Linus Pauling, Nobelpreisträger für Chemie

Schon gegen das KKW an sich (nicht nur gegen seine Folgen) sprechen Gründe, die seinen Bau ausschließen müssen.

1. Es gibt auf der Welt praktisch keine Erfahrungen mit KKW's in dieser Größenordnung. Nur in Biblis am Rhein ist ein derartiges KKW seit wenigen Monaten in Betrieb. Jeder Techniker kann bestätigen, daß alle Berechnungen die praktische Erprobung nicht ersetzen können:
SOLLEN WIR ALS VERSUCHSKANINCHEN DIENEN?

Radioaktivität wird immer frei

2. Es wird ständig Radioaktivität abgegeben-an die Luft und an das Wasser der Elbe. Das führt zu einer ständigen Belastung der Menschen, Tiere und Pflanzen mit radioaktiver Bestrahlung - in dem Umkreis von 20 km um das geplante KKW wohnen allein 46000 Menschen, in 25 km Entfernung die Stadt Itzehoe=in der Hauptwindrichtung(40000 Einwohner) In 2 km Entfernung liegt die Stadt Elmshorn(40000 Einwohner).
Folgen der ständigen Strahleneinwirkung sind höhere Säuglingssterblichkeit, Mißgeburten, Krebse aller Art, vor allem Knochenkrebse und Blutkrebs (Leukämie).

3. Bei einer Reaktorkatastrophe(GAU) wäre diese Zahl von Menschen nicht zu evakuieren.

4. Gekühlt werden soll das KKW durch Frischwasser aus der Elbe. Es kann nämlich nicht die gesamte produzierte Wärmemenge in elektische Energie umgesetzt werden. Es entsteht sogenannte Verlustwärme. Beim KKW Brokdorf wird etwa 1/3 elektrische Energie(1300 MW)und 2/3 Verlustwärme hergestellt(2600 MW). Dies führt zu einer erheblichen Aufheitzung der Elbe, deren biologisches Gleichgewicht - soweit es noch existiert - gestört wird. Nach den Plänen soll das Elbwasser um bis zu 3 Grad aufgewärmt werden können. Jeder Biologe kann bestätigen, daß schon eine Erwärmung um 1/10 Grad das biologische Gleichgewicht nachteilig beeinflußt.

5. Es wird jährlich eine Menge von bis zu 40000 Litern Atommüll anfallen, von der die Bevölkerung nicht weiß, auf welchem Weg er wohin transportiert wird.

Menschen, Tiere und Pflanzen sind bedroht

Für die landwirtschaftliche Produktion an der Unterelbe werden die direkten Folgen verherend auf die Qualität der Produkte sein, z.B. bei Milch: die Anhäufung von radioaktivem Jod 131 in den Schilddrüsen durch verseuchte Milch, wird die Milch für die gesunde menschlishe Ernährung unbrauchbar machen.
Das Kernkraftwerk ist aber erst der Anfang.
Überall, wo es dem Kapital paßt, d.h. wo Profitmöglichkeiten gewittert werden, wird im Unterelbegebiet weitere Industrie angesiedelt werden.
Das sind die Folgen von KKW's und nicht verbesserte Lebensbedingungen durch Naherholungsgebiete.

Das Kapital kann sich aber nur vermehren, indem es immer neue Arbeitskraft ausbeutet.
Was bedeutet das für die Struktur der bisherigen Wirtschaft im Unterelberaum ?

Im Kreis Steinburg und Pinneberg sind bisher nur 9% (Pinneberg 9,7%) der Einwohner in der Industrie beschäftigt im Kreis Dithmarschen noch weniger. (Quelle:Gemeindestatistik S-H, Zählung 71) Diese Zahlen zeigen, daß noch verhältnismäßig viele Menschen in der Landwirtschaft beschäftigt sind . Die Form, in der die Landwirtschaft hier betrieben wird,(überwiegend in nichtkapitalistischen Familienbetrieben mit nach Meinung des europäischen Kapitalistenzusammenschlusses,der uns als 'EWG' verkauft wird,unrentablen Betriebsgrößen)wird radikal verändert-die neugeschaffenen industriellen Arbeitsplätze mit Bauern besetzt. Sie werden mit der 'im Rahmen der EWG - notwendigen strukturellen Bereinigung'der Landwirtschaft in ihrer selbständigen Bauernexistenz vernichtet werden.Sie werden zu Nebenerwerbslandwirten,die tagsüber z.B.in der Fabrik und abends auf ihrem Hof arbeiten,nur um ihn halten zu können.Das wird dann auch noch von den Kapitalisten für entsprechende Niedrig-Löhne ausgenutzt werden.

Das sind keine Hirngespinste, sondern die Entwicklung des Gegensatzes von Stadt und Land im Kapitalismus. Also der Weg, auf dem die Bauern der kapitalistischen Industriealisierung untergeordnet werden.
Die bürgerlichen Politiker stimmen darüber ein großes Gejammere an, reden von 'Höfesterben' und 'Landflucht'. Sie verschleiern dabei nur die Tatsache, daß die Bauern noch auf ihren Höfen sind, die Reservearmee auf dem Arbeitsmarkt der Kapitalisten und ihres Staates dienen sollen, damit der Preis der Arbeitskraft-der Lohn-niedrig gehalten wird.
Das ist das Entscheidende !
Oder wo sind die über 2Mio. Arbeitskräfte geblieben-und wofür-die seit 1950 ihren landwirtschaftlichen Arbeitsplatz verlassen haben?

DIE INDUSTRIEANSIEDLUNG - VON WEGEN "SICHERUNG DER ARBEITSPLÄTZE"

"Schaffung neuer Arbeitsplätze" so rufen denn auch die Befürworter des Atomkraftwerks.
Was hat es damit auf sich? Sind sie (in welcher Zahl?) vielleicht garantiert, und sind sie etwa ein Beitrag zur 'Sicherung der Arbeitsplätze'? NEIN! Warum nicht? Nehmen wir die andere Elbseite als Beispiel: für die Ansiedlung des Chemiewerkes Dow-Chemical und der Aluminiumhütte VAW auf dem Bützflether Sand sieht es folgendermaßen aus:

270 Mio wurden für die Infrastruktur ausgegeben. Allein für den Anleger in Bützflether Sand 130 Mio.
47 Mio für Sperrwerke
31 Mio für Aufspülung von Industrieland
10 Mio für eine Industriebahn
7,5 Mio für Straßenbahn
174 Mio bekam die DOW an Investitionszulagen
164 Mio die VAW

703,5 Mio DM

Bei Reynolds sieht die Rechnung so aus :

74 Mio für "Grundstückserschließung"
17 Mio für Infrastrukturmaßnahmen (z.B. Bau einer Hafenkaianlage)
40 Mio "Investitionsbeihilfe"
16 Mio durch eine zehnprozentige Beteiligung des Senats an Reynolds
382 Mio als Darlehen eines Bankkonsortiums, für das der Senat die Bürgschaft übernimmt
83 Mio für verbilligten Strom

612 Mio DM

Quellen: Arbeiterkampf, Spiegel, Stern

Bei Dow wurden damit ganze 150 Arbeitsplätze neu geschaffen.
Und zur Sicherung der Arbeitsplätze: sicher sind sie nur solange, wie sie Profit einbringen!
Wenn der Absatz gut läuft, werden unter dem Druck der Konkurrenz Rationalisierungen vorgenommen, d.h. es werden Arbeitsplätze wegrationalisiert. Und in Wirtschaftskrisen sitzen die betroffenen Werktätigen auch auf der Straße-solange die Kapitalisten und ihr Staat bestimmen-und nicht das Volk.
Solange nicht das Volk bestimmt, werden alle möglichen Vorteile der industriellen Produktionsweise "von einer abnehmenden Zahl von Kapitalmagnaten monopolisiert. Für die Arbeiterklasse bedeuten innerhalb des kapitalistischen Systems alle Mittel zur Entwicklung der Produktion nur zusätzliche Mittel zu seiner Ausbeutung und Unterdrückung" (aus dem Programm des KBW, S.8).
Wir müssen also fragen: wem nützt und wem schadet das Kernkraftwerk und die Industriealisierung? Schadet es vielleicht den Besitzern und Vertretern der großen Industrie? Wohl kaum, warum sonst belügen sie und ihre Regierung das Volk? Beispiele gibt es genug (siehe unten).

Darf ein Senator sich einladen lassen?

do. **Hamburg, 12. Juli**

Zwei Wochen lang reiste Hamburgs Wirtschaftssenator Helmuth Kern (47) mit seiner Frau Linda durch die USA. Die Ferien des Senators endeten auf einer luxuriösen Urlaubsfarm in Jamaika. Die Kosten für diese Reise (im Jahre 1971) zahlte der amerikanische Aluminium-Konzern Reynolds. Inzwischen baute die Firma ein Werk in Hamburg-Finkenwerder.

Diese Reise hat der CDU-Bürgerschaftsabgeordnete und Jurastudent Peter Schmidt (28) jetzt dem Senator vorgeworfen. Der Abgeordnete: „Es ist nicht statthaft, daß ein Senator sich von einem Interessenten einladen läßt."

Senator Kern dazu: „Der Senat hatte dieser Reise ausdrücklich zugestimmt. Die Reynolds-Verträge waren damals schon unter Dach und Fach."

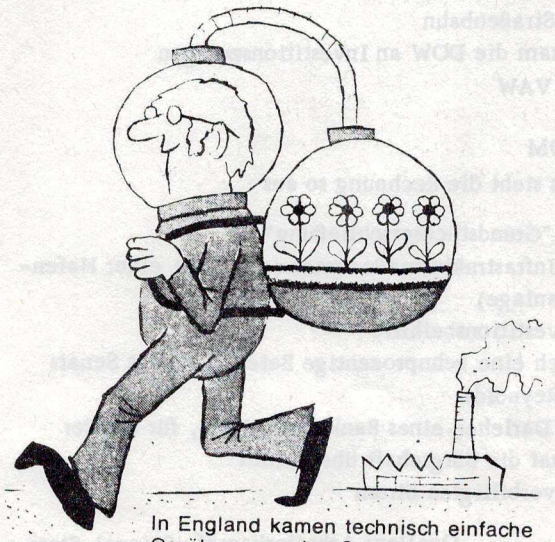
Was kostet aber der Kernkraftwerkbau und die Industriealisierung?

Es kostet die Gesundheit der dort lebenden Bewohner. Es kostet die Zerstörung des Bodens und des Klimas an der Niederelbe. Es kostet die Gesundheit der Kinder, die später vielleicht einmal mit Erbschäden geboren werden, wegen der freigesetzten Radioaktivität. Der technische Fortschritt wurde von den Kapitalisten im letzten Jahrhundert durch die Errichtung der ersten Industrien eingeläutet. Die Technik und Wissenschaft, die mit der Industrie geschaffen wurden, haben das Wissen um die Vorgänge in der Natur und zur immer besseren Beherrschung der Natur enorm vergrößert. Sie weisen der ganzen Menschheit großartige Entwicklungsmöglichkeiten auf. Der technische Fortschritt, der dem arbeitenden Menschen dienen soll, steht aber heute im Widerspruch zu den Interessen der herrschenden Klasse an der Aufrechterhaltung und Vermehrung des Profits.
Die Industriealisierung an der Niederelbe bedeutet keinen Fortschritt; es bedeutet einen weiteren Schritt zur Zerstörung der Umwelt und der Menschen.

WARUM TARIFERHÖHUNGEN FÜR STROM

Wie die Kosten für die Industriealisierung aufgebracht werden sollen, das merken wir schon jetzt, z.B. an den Gebührenerhöhungen für Strom. Obwohl die Schleswag finanziell laut Jahresbericht '73 so gut wie nie dasteht (1972 hatte sie allein einen Bilanzgewinn von 9.239000 DM, aus: Pinneberger Tageblatt) und 1973 "die Umsatzerlöse um 62 Mio. auf 522,8 Mio. DM stiegen. Dadurch seien die eingetretenen Kostensteigerungen aufgefangen und ein noch günstiges Ergebnis ermöglicht worden." (aus: Elmshorner Nachrichten vom 25.6.74).
Der Jahresbericht '73 an die Aktionärsversammlung sagt es noch deutlicher: die Mehreinnahmen aus den Gebührenerhöhungen dienen ausschließlich der Bereitstellung von Elektrizität für die Großindustrie! Und weiter: "Nur eine gesunde Ertragskraft der Schleswag könne die Finanzierung der erforderlichen Investitionen zur Sicherstellung der Energieversorgung, die für die nächsten 5 Jahre etwa 700 Mio. DM betragen, gewährleisten." (aus: EN).
"Gesunde Ertragskraft" der Schleswag - für wen?
Für ihre Aktionäre und die (zukünftigen) Großverbraucher - mit Sondertarifen!

Die Gebührenerhöhungen betragen z.B. in diesem Jahr in:
Itzehoe 15%
Elmshorn ca. 13%
Pinneberg ca. 11%
Hamburg (durch die HEW) allein 20% bei 13% Dividende im Vorjahr für die Aktionäre.
Mit den Gebührenerhöhungen soll die Bevölkerung also die Energieversorgung der Industrie bezahlen = das Kernkraftwerk Brokdorf finanzieren.



In England kamen technisch einfache Geräte gegen den Smog auf den Markt.

Auf einer Versammlung in Brokdorf am 5.Febr.dieses Jahres,auf der Vertreter der Nordwestdeutschen Kraftwerke-AG den Hunderten von Menschen,die dort waren,die Notwendigkeit des Kernkraftwerks darzulegen versuchten("Oder wollen Sie,daß hier wie in NewYork das Licht ausgeht?"),sagte Frau Schnetzler aus Bützfleth:"Wenn die Bevölkerung kein Kernkraftwerk will,ist das genug Grund dagegen!" Genauso ist es! Wer anders als die betroffene Bevölkerung,um deren weitere Existenz es ja geht,soll überhaupt entscheiden?"Das ist die Kernfrage,die sich überall und bei allen Fragen stellt:Wer hat die politische Macht?Wer hat zu bestimmen?Wir Kommunisten sagen: Die Arbeiterklasse mit ihren Bündnispartnern,denBauern,den Angestellten und kleinen Beamten, muß die Macht haben,sie und alle Werktätigen müssen bestimmen."

wir fordern :

Kein Atomkraftwerk gegen die Interessen der Bevölkerung!

Kein Kernkraftwerk in Brokdorf!

Wir können z.B.keine Volksvertreter gebrauchen wie Bürgermeister Block aus Brokdorf,der auf der Versammlung am 5.Febr.keine klare Antwort geben wollte,ob er dafür oder dagegen sei,in der Hamburger Zeitung "Die Welt"sich aber zur gleichen Zeit erfreut über den Kernkraftwerkbau äußerte. Solche parlamentarischen Volksvertreter,die wir zwar wählen dürfen,aber nicht kontrollieren können in ihren Entscheidungen, sind uns zu nichts nütz.
Darum fordern wir:
Rechenschaftspflicht und jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter;Vergütung ihrer Tätigkeit in einer Höhe,die den Durchschnittslohn eines Facharbeiters nicht übersteigt.(Programm des KBW)

Von "Volksvertretern",die nichts anderes im Kopf haben ,als den Profit der Reichen,haben die Werktätigen,die Arbeiter,Bauern, Angestellte und kleinen Beamten nichts zu erwarten.Sie sind Feinde des Volkes.Sie müssen weg von ihrem Posten.Ihre Entscheidungen und Machenschaften können nicht respektiert werden.Die Menschen, die davon betroffen sind,müssen sich zusammenschließen,sie müssen zusammen ihren Protest äußern und deutlich machen,daß sie nicht gewillt sind,sich den Entscheidungen der Kapitalisten und ihrer Handlanger zu beugen!

Die große Mehrheit des Volkes ist viel stärker als die kleine Minderheit derer,die auf dem Rücken der Werktätigen leben und ihre Pläne schmieden.Soll der Kampf gegen das Kernkraftwerk und gegen die Zerstörung des Niederelbegebiets erfolgreich sein,muß dreierlei zur Grundlage gemacht werden:

1.Wir müssen noch mehr auf unsere eigene Kraft vertrauen und nicht auf die"Aktivitäten"irgendwelcher bürgerlichen Politiker.
2.Es kommt darauf an,die KKW-Gegner demokratisch zu organisieren mit dem Ziel,den Bau von KKW's und die Zerstörung der Umwelt durch die Pläne der Kapitalisten zu verhindern.Öffentliche Versammlungen,Diskussionen und Demonstrationen sind notwendig,um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.
3.Wir müssen uns einstellen auf die unvermeidliche Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Staat,der die Pläne der NWK&CO unterstützt,vorantreibt und sie durchsetzen will,und der schließlich für diese Pläne verantwortlich ist.Kämpfe der Bevölkerung, wie die gegen die geplanten KKW's zeigen,daß der Staat keineswegs "neutral"ist.Es wird vielmehr das Gegenteil deutlich,daß die staatlichen Organe dazu bestimmt sind,die Interessen jener kleinen Minderheit gegen die Interessen der großen Mehrheit durchzusetzen.Wenn nötig,auch mit offenem Betrug und mit Gewalt.

Und weiter müssen wir berücksichtigen; Im Kapitalismus erfolgt die Entwicklung der Industrie seit jeher auf dem Rücken eben jener Menschen, die durch ihre Arbeit den gesamten Reichtum schaffen. Der Verschleiß der menschlichen Arbeitskraft, die Zerstörung unserer Gesundheit und die Vernichtung der Natur sind die Ergebnisse einer Produktionsweise, deren Triebkraft nur der Profit ist.
Daß die Verhinderung des KKW-Baus möglich ist, wenn man auf die eigene Kraft vertraut, zeigt sich z.B. in Marckolsheim: dort halten seit Ende September die Einwohner des Gebiets, die sich in 21 Bürgerinitiativen zusammengeschlossen haben, den Bauplatz eines geplanten Bleiwerks besetzt.

Niemand tritt für die Arbeiter, die Klein- und Mittelbauern, die Angestellten und kleinen Beamten ein, wenn sie es nicht selbst tun. Die Arbeiterklasse und das Volk müssen sich zusammenschließen gegen die Kapitalisten, deren Betriebe die Umwelt zerstören und gegen die Staatsorgane, die diese Zerstörung decken oder selbst auch betreiben. An der Niederelbe gibt es zahlreiche Initiativen gegen den Bau der Kernkraftwerke (z.B. in Brokdorf und Seestermühe). An ihnen beteiligen sollte sich jeder, der gegen die Kernkraftwerke und die geplante Industrialisierung ist.

Sich zusammenzuschließen ist nicht nur nötig, um das Atomkraftwerk Brokdorf vom Tisch zu bekommen. Sich gegen die Kapitalisten und ihren Staat zusammenzuschließen ist nötig, um durch die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse schließlich die Grundlagen der Umweltzerstörung wie aller gesellschaftlichen Übel, das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln zu beseitigen. Es ist nötig, um den Sozialismus aufzubauen.

Das Bleiwerk wird nicht gebaut!

Marcholsheim. Seit über 3 Wochen wird der Bauplatz für ein Bleiwerk der "Chemischen Werke München" (Degussa-Konzern) im elsässischen Marcholsheim von der Bevölkerung aus dem Elsaß und aus Baden besetzt gehalten (vgl. KVZ Nr.21, S.11).
6 000 Menschen haben bisher auf dem Bauplatz durch ihre Unterschrift diese Aktion unterstützt. In mehreren Städten in Westdeutschland und Frankreich fanden Solidaritätskundgebungen statt; in Freiburg beteiligten sich daran etwa 300 Menschen.
Am Sonntag (6.10.) drückte die betroffene Bevölkerung in einer mächtigen Kundgebung auf dem Bauplatz (weit über 1 000 Teilnehmer) aus, daß sie nicht gewillt ist, auch nur einen Fußbreit nachzugeben. Inzwischen wurde auf dem Bauplatz damit begonnen, eine große Blockhütte zum Schutz gegen Regen und Kälte zu bauen. Ein Generator liefert Strom für die Beleuchtung und zum Vorführen von Dias und Filmen über den Kampf gegen das Bleiwerk und das Kernkraftwerk in Wyhl.
Da in diesen Wochen die Winzer viel Arbeit mit der Weinlese haben und so für die Besetzung ausfallen würden, liegen auf dem Bauplatz Listen aus, wo sich freiwillige Helfer für die Weinlese anmelden können.
Viele, vor allem auch Studenten, haben sich eingetragen, um das gemeinsame Ziel zu erreichen: Das Bleiwerk wird nicht gebaut!

Brokdorf soll das erste Glied einer gefährlichen Kette von KKW's an der Unterelbe sein!

Wir müssen

den KKW-BAU verhindern!

aus:
KVZ
Nr. 21

10 000 protestieren

Kalkar. Am 28.9.74 fand in Kalkar am Rhein eine Demonstration von ca. 10 000 Menschen – vornehmlich Holländer – gegen den dort geplanten "schnellen Brüter" statt. Gegenüber der 'normalen' Gefährdung der Umwelt durch herkömmliche Kernkraftwerke kommt bei den sogenannten "schnellen Brütern" noch die Produktion des hochgiftigen und hochradioaktiven Stoffes Plutonium hinzu, das auch für den Bau von Atombomben verwendet werden kann. Dazu kommt die Problematik der Kühlung des Reaktorkerns mit flüssigem Natrium, einem chemisch sehr reaktionsfreudigen Stoff.
Die versammelten Menschen brachten mit Plakaten und Spruchbändern ihre Empörung über die Gefährdung der menschlichen Gesundheit durch den geplanten "schnellen Brüter" zum Ausdruck. Sie forderten von der niederländischen Regierung, die Beteiligung an diesem deutsch-niederländisch-belgischen Projekt zurückzuziehen und forderten alle Holländer auf, die zu dem Zweck der Finanzierung vorgesehene Sondersteuer, die mit den Stromrechnungen eingezogen werden soll, zu verweigern.
Die Holländer waren mit Auto- und Motorradkorsos nach Kalkar gekommen. Nach Angaben der Kundgebungsleitung sollen zahlreiche Busse von den westdeutschen Zöllnern mit der Behauptung, der Platz sei überfüllt, abgewiesen worden. Auf westdeutscher Seite war zu der Demonstration nicht aufgerufen worden. Unbedingt muß eine gemeinsame Kampffront zwischen deutschen, niederländischen und belgischen Betroffenen hergestellt werden!

KAUFT UND LEST

Proletarier aller Länder, unterdrückte Völker, vereinigt euch!

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Umweltzerstörung und Imperialismus
Materialien und Beiträge zum Problem der Umweltverschmutzung und des Umweltschutzes, herausgegeben von einer Arbeitsgruppe "Umweltzerstörung und Kapitalismus" an der Biologischen Fakultät der Universität Heidelberg
144 Seiten, 5,50 DM ISBN 3-88048-006-0

KOMMUNISMUS UND KLASSENKAMPF,
theoretisches Organ des KBW

UMWELTSCHUTZ IN DER VR CHINA

Der Sozialismus beseitigt das Problem der Umweltverschmutzung

Schanghai ist Chinas größte Industriestadt. Im Gefolge der Entwicklung des sozialistischen Aufbaus nehmen auch Abgase, Abwässer und Abfälle (im Chinesischen kurz die "drei Ab" der Industrie genannt) immer zu. Zur Verhütung bzw. Ausschaltung der Verschmutzung der Umwelt durch die "drei Ab" haben die zuständigen Stellen der Stadt Schanghai, in Befolgung der von der chinesischen Partei und Regierung aufgestellten Richtlinie – allseitige Planung, vernünftige Standortsverteilung, umfassende Nutzung, Verwandlung von Schädlichem in Nützliches, sich auf die Massen stützen, Massenbeteiligung, Umweltschutz und Sicherung des Wohls der Bevölkerung –, zugleich mit der Entwicklung der Industrie den Kampf gegen die Verschmutzung durch die "drei Ab" aufgenommen. Besonders seit der Großen Proletarischen Kulturrevolution wird an Schanghais Industriefront unter der Leitung des Parteikomitees und des Revolutionskomitees der Stadt der Kampf zur Beseitigung der durch die "drei Ab" hervorgerufenen Allgemeinschäden als Massenbewegung betrieben. Durch mehrjährige Bemühungen haben verschiedene Branchen bereits Methoden zur Bändigung der "drei Ab" gefunden, wie zum Beispiel das cyanidfreie Elektroplattieren, die Enthaarung von Fellen durch Enzyme, die Rückgewinnung von Säuren, die Nutzung von Schlacke u. ä. m. Statistischen Angaben zufolge wurden in den zwei Jahren 1970 und 1971 in 104 chemischen Werken 736 Anlagen für die allseitige Nutzung fertiggestellt, wodurch große Mengen von chemischen Rohstoffen und seltenen Metallen zurückgewonnen, die durch die "drei Ab" hervorgerufenen Schäden vermindert, die Umwelthygiene verbessert, die Industrieproduktion gefördert und die Landwirtschaft unterstützt werden. In der Abteilung für Fluorwasserstoffsäure des Schanghaier elektrochemischen Werks pflegten im Arbeitsprozeß große Mengen von fluorhaltigen Abgasen ausgestoßen zu werden; dieses Gas ist der menschlichen Gesundheit schädlich, gefährdet Feldfrüchte und zerfrißt das Bauwerk. Die Arbeiter in dieser Werkabteilung überwanden eine Schwierigkeit nach der anderen, bis sie das Schädliche in Nützliches verwandeln konnten, indem sie aus dem fluorhaltigen Abgas das für die Schmelze von Aluminium wichtige Rohmaterial Kryolith zurückgewannen. Als sie mit der Herstellung von Kryolith begannen, drohte ein Defizit durch die hohen Gestehungskosten, und manche Leute meinten nun, die ganze Sache lohne sich doch nicht. Aber die Masse der Arbeiter hielt sich an die Lehren des Vorsitzenden Mao: **"Es ist unsere Pflicht, dem Volk gegenüber verantwortlich zu sein"** und **"sich in allem von den Interessen des Volkes leiten lassen"**, und beharrten auf der allseitigen Nutzung, indem sie sagten: "Wir machen doch nicht Revolution, um wie die Kapitalisten nur aufs Geldmachen zu schauen! Wenn wir der Gefahr fluorhaltiger Abgase ein Ende bereiten und vom Staat benötigte Produkte herstellen, so ist das der größte Gewinn! Nur auf das zu schauen, was einem vor der Nase liegt, ohne Rücksicht auf die lange Sicht, nur an sich selber zu denken statt ans Ganze, das ist der allergrößte Verlust." Da sie auch auf der Praxis bestanden und immer neue Untersuchungen zu Verbesserungen anstellten, konnten sie schließlich die Rückgewinnungsrate erhöhen und die Gestehungskosten bedeutend herabsetzen.

Das Schanghaier pharmazeutische Werk Nr. 6, das Chemotherapeutika herstellt, beeinträchtigte früher durch seine "drei Ab" nicht nur die landwirtschaftliche Produktion in der Umgegend; dadurch wurden auch die Fundamente der Gebäude zerfressen, so daß sehr große Verluste entstanden. Die Arbeiter dieses Werks wollten unbedingt diesen Zuständen so rasch wie möglich abhelfen. Seit der Großen Proletarischen Kulturrevolution ist nun in diesem Werk eine Massenbewegung zur allseitigen Nutzung im Schwung. Nach wiederholten Versuchen gelang es, aus einem giftigen Abwasser ein Mittel zur Verhütung des Reisbrandes zurückzugewinnen, das sich wirksam im Gebrauch erwiesen hat. Mit diesem im Vorjahr produzierten Pflanzenschutzmittel konnte auf einer Million Mu (15 Mu = 1 ha) Wasserreis der Reisbrand verhütet werden. Während früher der erwähnte Betrieb durch den Ausstoß säurehaltiger, giftiger Abwässer die landwirtschaftliche Produktion in der Umgebung geschädigt hatte, werden jetzt die Abwässer zur Herstellung flüssiger Düngemittel verwendet, eine Unterstützung der Landwirtschaft, die bei den Bauern großen Beifall findet.

In der Sehanghaier Würzepulverfabrik wurden früher im Fermentierungsprozeß dieser "Wedjing" genannten Würze große Mengen von pilzhaltigem Wasser ausgestoßen; diese Pilze verzehren Sauerstoff und machten dadurch das Wasser stinkend und schwarz – eine ernste Verschmutzung der Wasserquellen! Seit der allseitigen Nutzung ist es dieser Fabrik mit Hilfe zuständiger wissenschaftlicher Forschungsstätten gelungen, aus diesen Pilzen vier Arten von wertvollen, vom Staat dringend benötigte Medikamente zurückgewinnen und damit auch die Verschmutzung der Wasserquellen zu verringern.

In der Bewegung gegen die "drei Ab" haben die Schanghaier Arbeiter und Techniker zudem noch energisch technologische Neuerungen betrieben. Im Galvanisierungsprozeß wurde lange Zeit hindurch das hochgiftige Cyanid als Komplexbilder verwendet; die Abwässer und Abgase verunreinigten die Atmosphäre ernstlich, vergifteten die Wasserquellen und gefährdeten die Arbeiter gesundheitlich. Arbeiter und Techniker im Schanghaier Galvanisierwerk Guangming lernten bescheiden von den fortgeschrittenen Erfahrungen ähnlicher Betriebe und brachten es durch die wiederholte Praxis dazu, einen neuen Komplexbilder zu finden, durch den die Technologie des Galvanisierens ohne Cyanid vor sich gehen konnte und Abwässer wie Abgase vom Cyanidgehalt befreit wurden. Jetzt wird in den Schanghaier Galvanisieranstalten allmählich schon dieser neue technologische Prozeß verbreitet.
Augenblicklich werden die in Schanghai bei der Bekämpfung der "drei Ab" durch allseitige Nutzung bereits erzielten Erfolge nur als ein Beginn gewertet. Die Massenbewegung zum Kampf gegen die "drei Ab" zur Beseitigung von Allgemeinschäden entwickelt sich immer tiefer gehend. Die revolutionären Arbeiter und Angestellten sind entschlossen, immer größere Erfolge zu erringen, um für das Volk Schädliches in Nützliches zu verwandeln und späteren Generationen eine glückliche, gesunde Umwelt zuzusichern. aus: China im **Bild, Nr.10/1972**

Impressum:

Erscheinungsdatum:8.11.74
Verantw.:U.Barkmann
[redacted]

Druck: Eigendruck

Kontaktadressen: Elmshorn:Fred Dibbel
[redacted]

Itzehoe :siehe Impressum